

***Rede des Kämmerers zur Einbringung des
Verwaltungsentwurfs in der Sitzung des Rates am 12.10.22***

Haushalt 2023 – Am Puls der Zeit

(Es gilt das gesprochene Wort!)

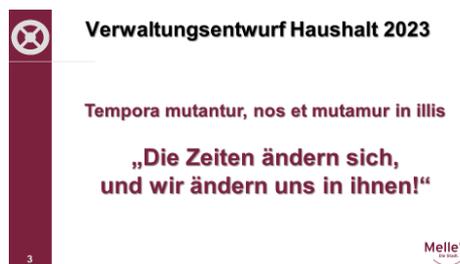


Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Mitglieder des Rates,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!
Schön, dass Sie da sind und sich die Zeit nehmen!



Die Bürgermeisterin hatte mich gebeten, den Verwaltungsentwurf des Haushalts 2023 in den Rat einzubringen. Wenn jetzt also der Kämmerer spricht, ist wohl regelmäßig der erhobene Zeigefinger zu erwarten. Dieser dann verbunden mit dem eindringlichen Appell des unaufhörlichen Sparens? Da muss ich Sie gleich zu Beginn meiner Rede enttäuschen:

Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns in ihnen!



Mit diesem mehrere Jahrhunderte alten Sprichwort möchte ich zum Ausdruck bringen, was nach meiner Einschätzung nun wirklich nötig ist. Und das sind gewiss keine amtsgemäß reflexartig ausgerufenen Sparappelle! Die führen gerade jetzt wohl kaum weiter. Zumindest dann nicht, wenn dadurch notwendige Investitionen behindert würden.

Nein, Sparappelle dürften in Zeiten, in denen man auf Bundesebene schon mit sogenannten „Sondervermögen“ arbeitet, nicht die allein richtige Antwort sein. Erst recht nicht, wenn sie undifferenziert und pauschal ausgesprochen würden. Damit würde ich es uns auch zu einfach machen. Sparappelle lassen sich nämlich viel zu leicht schon aus der Sache heraus wieder hinweg wägen. Es gibt doch immer einen guten Grund, sich etwas zu leisten.

Wir werden also jetzt noch klüger handeln müssen. Wir werden strategisch entscheiden müssen. Und wir werden uns womöglich ein Stück weit gar neu erfinden müssen. Dies alles wird nach meinem Dafürhalten notwendig sein, um – bei den gesetzten Rahmenbedingungen - die Herausforderungen dieser Zeit zu meistern.

Und daher möchte ich Ihnen heute auch einen anderen Weg aufzeigen. Auch mit teilweise wenig erfreulichen Daten und Zahlen muss es künftig weitergehen können. Und dies, ohne dabei junge und nachfolgende Generationen zu vernachlässigen. Denn nachfolgende Generationen sind es, die die Hauptlast neuer Schulden zu tragen haben. Nachfolgende Generationen sind es aber auch, die von einem klugen Handeln und der richtigen Weichenstellung heute auch morgen noch profitieren werden.

Wir leben zweifelsohne in und mit veränderten Zeiten - ganz gleich, ob uns dies nun gefällt.

Kaum ist die Pandemie mit all ihren Folgen für unser Leben, unseren Alltag und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt

vermeintlich überwunden, so finden wir uns in einem Konvolut von nicht weniger problematischen neuen und teilweise auch altbekannten Krisen wieder:

Und eine Hand genügt nicht, um nur die größten aktuellen Krisen aufzuzählen:

1. Krieg innerhalb von Europa mit grausamen
Kriegsverbrechen
2. Flucht aus der Ukraine, aber auch aus vielen anderen
Regionen der Welt
3. Klimawandel und Umweltkatastrophen
4. Energiekrise mit Sorge vor dramatischen Auswirkungen
im kommenden Winter
5. Inflation auf traurigem Rekordniveau

6. Hinzu kommen Lieferkettenprobleme,
Fachkräftemangel, Wohnraummangel u.s.w.

Und ja: Selbst die Angst vor einer atomaren Bedrohung ist bei einigen wieder da. Und die kannten wir zuletzt in den 80er Jahren. Gesprochen wird schon von der gefährlichsten Situation seit der Kuba-Krise. Und deren Höhepunkt liegt in diesem Oktober immerhin 60 Jahre zurück.

Ja, die Zeiten ändern sich – grundlegend! Und der Begriff „Zeitenwende“ wurde in den letzten Wochen und Monaten bereits stark strapaziert und ist in aller Munde.

Nun werden wir in Melle nicht die Krisen der Welt, Europas und der Bundesrepublik verändern können. Wir können allenfalls unseren kleinen Beitrag leisten und uns zu den zzt. unabänderlichen Rahmenbedingungen verhalten.

Und dass veränderte Rahmenbedingungen verändertes Handeln nach sich ziehen müssen, ist offenbar nicht nur in Melle Thema. Während der Vorbereitung der Haushaltseinbringung berichtete beispielsweise die NOZ über die Appelle in Osnabrück. Und ich zitiere:

„Und so ist heute mit der Haushaltseinbringung auch der Zeitpunkt gekommen, sich ehrlich zu machen: Wir müssen erkennen und akzeptieren, dass die Entwicklung der vergangenen Monate manche Pläne überholt hat, sodass wir gezwungen sind, diese Planungen deutlich zu korrigieren: Wir müssen sie der veränderten Wirklichkeit anpassen (...)“ (Zitat: Katharina Pötter, Oberbürgermeisterin der Stadt Osnabrück, Rede zur Haushaltseinbringung am 27.09.2022)

Diese Worte stammen also nicht etwa von mir, sondern von Frau Katharina Pötter, Oberbürgermeisterin der Stadt Osnabrück. Und ich kann mich diesen Worten bestens anschließen, die auch von mir vollumfänglich für den städtischen Haushalt in Melle geteilt werden.

Ich möchte Ihnen daher ans Herz legen, dass auch wir uns in Melle auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen mögen. Es ist nun einmal nicht mehr damit getan, das Wünschenswerte zu bestellen. Das war es eigentlich aber auch nie. Oder vielleicht sogar nach Jahren des hoffnungsvollen Wartens nun das durchzusetzen, was man sich so lange gewünscht hat. So einfach ist es leider nicht. Nein, es braucht den wachen aufmerksamen Blick für die Realität und die Frage: Passt das jetzt noch?

Und ebenso bedarf es der Beantwortung der Fragen:

Setzen wir angesichts der Rahmenbedingen die richtigen Prioritäten?

Oder gehen andere Maßnahmen schlichtweg vor, um insgesamt effizienter zu handeln?

Haben wir dabei den Fachkräftemangel, Lieferkettenprobleme und die begrenzten finanziellen Spielräume auch hinreichend im Blick?

Sind also die nahezu perfektionierten Standards an Leistungen - und damit meine ich auch insbesondere die Standards an unsere Bauten -, unumstößlich? Das alles kostet Zeit und Geld.

Zeit und Geld, das vielleicht dann für andere dringend benötigte Maßnahmen fehlt. Werden diese hierdurch womöglich auf die lange Bank geschoben?

Und vor allem: Haben wir die Bedürfnisse, Sorgen und Nöte

unserer Bürgerinnen und Bürger dabei genügend im Blick?

Ich nehme wahr, dass unsere Bürgerinnen und Bürger im Moment eine Frage ganz besonders bewegt:



„Wie ist angesichts der hohen Inflation und der weiterhin drohenden hohen Energiekosten künftig noch der gewohnte Lebensstandard zu halten?“. Und bei nicht wenigen geht es inzwischen bei dieser Frage nicht mehr etwa nur um den Verzicht auf den ein oder anderen kleinen Luxus. Nein, es geht auch um das, was beim Wocheneinkauf noch in den Korb gelegt werden kann.

Und das sind wahrlich keine Einzelfälle. Sprechen Sie einfach mit den engagierten Mitarbeitenden im Sozialamt. Hören Sie da hinein, wie sich die Situation dort weiter zuspitzt. An dieser Stelle sei bereits darauf hingewiesen, dass wir auch diese Bereiche personell deutlich besser unterstützen müssen. Wir dürfen unsere Mitarbeitenden mit diesen Herausforderungen jetzt nicht alleine lassen. Erst jüngst in der Personalversammlung gab es hierzu diesen einen besonderen Moment:

Die Personalversammlung behandelte die Frage der Überlastung und was zu tun sei. Da berichteten mehrere Mitarbeitende aus dem Sozialamt mit bewegenden Worten, dass sie doch trotz Überlastung auf keinen Fall einfach nach Hause gehen können – so in etwa nämlich der Rat des Referenten. Sie wüssten doch, dass die Menschen auf die Bearbeitung der Hilfeanträge angewiesen seien und kein Geld hätten, wenn sie nach Hause gingen.

Da mischten sich bei mir die Gefühle von Stolz, diese Mitarbeitenden im Team der Stadtverwaltung zu wissen und einer Scham, nicht mehr für deren Entlastung zu tun.

Selbstverständlich werden wir personell aufstocken müssen, alleine schon, um nach der Wohngeldreform die vielen zusätzlichen Anspruchsberechtigten angemessen zügig bedienen zu können.

Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns in ihnen.



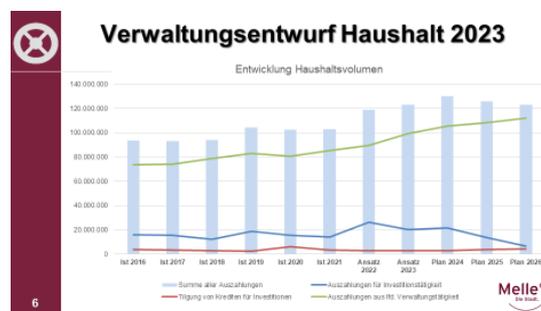
Meine Damen und Herren, kennen Sie Kairos und Chronos?

Diese Wörter stehen in der griechischen Mythologie für die Personifizierung der Zeit. Dabei steht Chronos für den

Zeitablauf, der sich mit der Uhr messen lässt, oder auch für die Lebenszeit.

Kairos hingegen steht für den günstigen oder den rechten Zeitpunkt.

Mit Blick auf diese feine Unterscheidung möchte ich nicht infrage stellen, ob lange diskutierte Projekte im Laufe der Zeit anzupacken wären. Das sind die meisten nach ganz gewiss. Ich möchte aber dafür werben, dass wir uns in den kommenden Beratungen auch mit der Frage auseinandersetzen, ob es jetzt wirklich der günstige und der rechte Zeitpunkt für die ein oder andere Maßnahme und deren Umfang ist.



Und das aus gutem Grund. Das Haushaltsvolumen der Stadt Melle - gemeint ist die Summe aller Auszahlungen – liegt im kommenden Jahr bereits bei rund 123 Mio. Euro.

In den Folgejahren wird in der Finanzplanung von einem jährlichen Auszahlungsvolumen zwischen rund 123 Mio. Euro und 130 Mio. Euro ausgegangen.

Das sind auf den ersten Blick recht unaufgeregte Entwicklungen. Und ich werde mich auch jetzt nicht in einen Appell versteigen, dieses Volumen etwa kürzen zu wollen.

Das wäre – wie gesagt - zu kurz gesprungen.

Bei genauerer Betrachtung wird aber deutlich, dass das Investitionsvolumen mittelfristig in der Planung erheblich reduziert wird. Umso höher ist leider der Anstieg der laufenden Auszahlungen. Das ist besorgniserregend. Das sind Konsumausgaben und keine Investitionen in die Zukunft.

Übrigens: Es wurden bekanntlich zahlreiche Machbarkeitsstudien und Konzepte beauftragt. Daraus werden sicher Investitionsbedarfe resultieren. Die sind aber in diesen Zahlen noch gar nicht enthalten. D.h. meine Damen und Herren: Gehen Sie bitte davon aus, dass das Haushaltsvolumen in kommenden Jahren noch deutlich gesteigert werden muss.

Dies ist der Grund, weshalb ich dringend anrate, in den Beratungen sich mit der Frage zu beschäftigen, ob wirklich die richtigen Projekte finanziert werden. Das dicke Ende kommt wohl erst noch! Viele bisher noch nicht vorgesehenen Investitionen werden schlichtweg nicht abzuweisen sein!

Und ob es dann jetzt der richtige Zeitpunkt ist, die ein oder andere freiwillige Maßnahme oder Investition anzupacken – und sei es auch nur durch die Initiierung immer neuer Studien und Konzepte, mag zumindest noch einmal hinterfragt werden. Den Geist, den wir damit aus der Flasche lassen, bekommen wir im Zweifel nicht wieder in sie hinein.

Womit ich zu der Frage komme, in welcher Höhe in den kommenden Jahren Einzahlungen zur Verfügung stehen werden.

Die Einschätzungen basieren dabei auf den Orientierungsdaten des Landes. Stand Juli 2022.



Wenig Dynamik zeigt sich bei der Grundsteuer. Das allerdings schon deshalb, weil ich Ihnen vorschlage, die Hebesätze in den nächsten Jahren unverändert bestehen zu lassen.

Ich könnte als Kämmerer natürlich auf andere Ideen kommen. Denn auch für die Stadt Melle steigen inflationsbedingt die laufenden Kosten. Damit steigt natürlich auch der städtische Finanzbedarf.

Es wäre jetzt aber das völlig falsche Signal, Steuern zu erhöhen. Die ohnehin bereits stark belasteten privaten Haushalte können wir nicht auch noch mit steigenden Grundsteuern konfrontieren. Diese Steuern zahlen nicht nur die Immobilieneigentümer.

Über die Nebenkostenabrechnungen werden oft auch die Mieter und damit fast alle Haushalte belastet.

Und ich erinnere daran: Lokalpolitisch wurden auch mit dem Verweis auf etwaige Grundsteuererhöhungen die

Straßenausbaubeiträge abgeschafft. Dennoch dürfte es in dieser Zeit wohl kaum jemanden zu erklären sein, dass wir dafür nun Hebesätze anheben müssen.

Diesen Ball aus der seinerzeitigen politischen Diskussion habe ich daher bewusst nicht aufgenommen. Und dies obwohl Investitionen in Straßenausbaumaßnahmen veranschlagt werden. Auf den Vorschlag von Steuererhöhungen wird also verzichtet.

Das gilt auch für die ertragreichste Einnahmequelle der Stadt Melle, die Gewerbesteuer. Auch hier sollen die Hebesätze konstant bleiben. Es sind also keine Erhöhungen mittelfristig vorgesehen.

Die Gewerbesteuer macht jetzt schon mehr als 50 % des gesamten Steueraufkommens der Stadt Melle aus. Bereits im nächsten Jahr soll sie laut Plan auf annähernd 40 Mio Eur steigen. In den folgenden Jahren wächst das Gewerbesteueraufkommen stetig weiter, bis schließlich knapp 46 Mio Eur in 2026.

Zumindest dann, wenn man den Rahmendaten des Landes vertrauen mag. Wie gesagt, Stand Juli 2022.

Für das zu planende Jahr 2023 mag ich da sogar noch mitgehen. Ich höre nur vereinzelt von Problemen. Allerdings nehmen die Sorgen, was z.B. die Energiekosten, die Energieverfügbarkeit, aber auch Lieferketten etc. angeht, zu.

Ob sich also der bisher positive Trend auch über 2023 hinaus noch fortsetzen wird? Das wagt wohl zzt. niemand zu prognostizieren.

Schwarzmalerei ist aber schon psychologisch unangebracht und hilft niemanden. Und aus diesem Grunde, sind auch die bisher positiven Prognosen aus Juli 2022 in den Haushalt übernommen worden. Ignorieren dürfen wir die Eintrübung der Stimmung aber ebenso wenig.



Und daher nun ein Blick auf das Bruttoinlandsprodukt, die Inflation und den Arbeitsmarkt.

Das Bruttoinlandsprodukt hatte sich zuletzt deutlich erholt. Nach dem Dämpfer in der Pandemie, fasste die Wirtschaft seit 2021 gerade erst wieder Fuß.

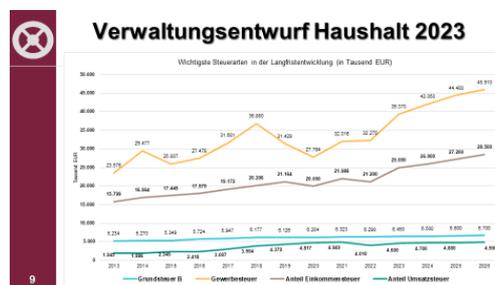
Vor wenigen Wochen wurde dann aber eine Eintrübung der Stimmung bekannt. Inzwischen ist für 2023 sogar von einem Rückgang um 0,4 % die Rede. Rezession.

Ich berufe mich dabei auf die Einschätzungen der führenden Wirtschaftsinstitute.



Für die Inflation wird für 2023 von einem weiteren Anstieg der Preise um 8,8 % ausgegangen. Stabil dürfte dagegen wenigstens der Arbeitsmarkt sein. Schön, dass es wenigstens diese gute Nachricht gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie daher zu bedenken, dass der Verwaltungsentwurf optimistisch ist. Und das, obwohl mir die Risiken natürlich bekannt sind. Ob also aufgrund der nächsten Steuerschätzung im November noch Korrekturen der Einzahlungserwartungen vorgenommen werden müssen, weiß ich selbstverständlich noch nicht.



Insbesondere die optimistischen Schätzungen der Gewerbesteuer könnten dann möglicherweise nach unten zu korrigieren sein. Dann wäre dem so. Und wir würden es vor

dem Beschluss über den Haushalt einarbeiten müssen. Die Folgen wären aber problematisch, wie sich gleich noch zeigen wird.

Es gibt aber auch eine Reihe weniger volatiler Einzahlungspositionen.

Die Prognosen der veranschlagten Anteile an Einkommensteuer und Umsatzsteuer sind derzeit unkritisch. Aufgrund eines stabilen Arbeitsmarktes ist von einer realistischen Veranschlagung auszugehen. Auch führen die steigenden Preise eher zu höheren Umsätzen und damit zu erhöhten Steuereinnahmen.

Die Planzahlen der Steuererträge sind also alles andere als negativ. Das Gegenteil ist der Fall. Und auch wenn wir die nicht minder bedeutsamen Einzahlungen aus Zuweisungen und Finanzausgleich morgen im Finanzausschuss erörtern werden, wird es keine bösen Überraschungen geben.

Weshalb dann aber dieser Aufgalopp?

Nun, der Verwaltungsentwurf hat also kein Einzahlungsproblem. Er hat dafür ein umso größeres Auszahlungsproblem. Und wenn wir nicht gegensteuern, werden wir auch haushaltsrechtliche Pflichten auf Dauer nicht erfüllen können.

Diese Gefahr wird höher werden, wenn womöglich noch die positiven Ertragsprognosen reduziert werden müssten. Das ist zumindest nicht unwahrscheinlich, angesichts der sich eintrübenden Konjunkturaussichten.



Sichtbar wird dies in der Entwicklung der Jahresergebnisse.

Trotz der eben aufgezeigten hohen Erträge ist im kommenden Jahr mit einem Defizit von knapp 2 Mio Eur zu rechnen.

Auch in den kommenden Jahren ist überhaupt keine Verbesserung in Sicht. Wenn sich dann aber noch die eingeplanten hohen Gewerbesteuererträge nicht realisieren lassen sollten, summieren sich zwangsläufig noch höhere Verluste. Das dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, auch wenn ich gerne optimistisch bleiben möchte.

Und optimistisch können wir erst einmal sein, weil wir viele Jahre sehr diszipliniert gewirtschaftet haben. Dadurch wird bis Ende 2022 ein bilanzieller Rücklagenbestand von rund 70 Mio Eur aufgebaut sein. Das ist nun von Vorteil. Auf diesen

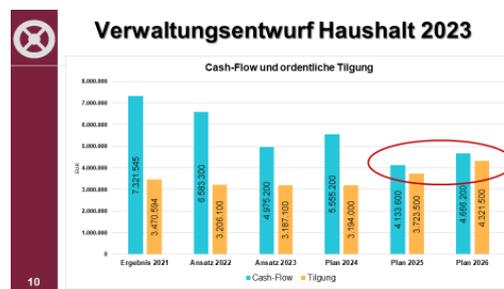
können wir in den kommenden Jahren zurückgreifen. Wir müssen es aber auch!

Nur so kann uns nämlich noch der gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsausgleich gelingen. Das geht natürlich nicht ewig gut.

Schon gar nicht, falls wir nicht über 2 Mio Eur Verlust sprechen, sondern bei entsprechenden Einzahlungsausfällen auch mal von 2-stelligen Millionenverlusten. Das kann passieren. Das ist nicht auszuschließen.

Bis hierhin, soweit zur rein bilanziellen Betrachtung.

Schauen wir jetzt aber auf die Liquiditätsbetrachtung, besteht auch akut Grund zur Sorge.



Und so muss ich heute erstmalig in meiner Zeit als Kämmerer auf einen kritischen Punkt hinweisen:

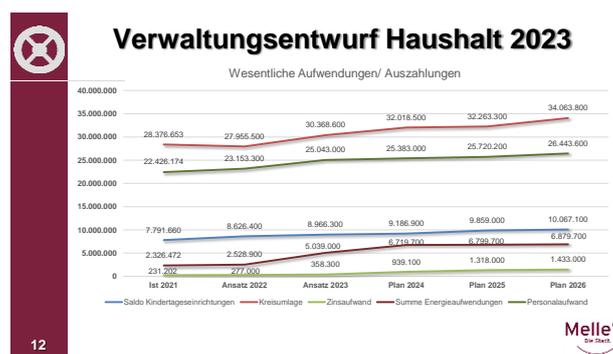
Der Cash-Flow droht so weit abzuschmelzen, dass er nicht mehr zur Deckung der ordentlichen Tilgung ausreicht.

Klingt wegen des Fachjargons wohl erst einmal nicht so dramatisch. Heißt aber de facto, dass wir selbst für die

Tilgung bestehender Darlehen rechnerisch teilweise neue Darlehen aufnehmen müssten. Unsere laufenden Einzahlungen würden also bei einer Verschlechterung gegenüber den Planzahlen schon bald nicht mehr ausreichen, um die vereinbarten Tilgungsraten zu decken.

Weil das aber nicht zulässig wäre, bräuchten wir stattdessen langfristige Kassenkredite. Das wären quasi Konsumschulden. Oder anders ausgedrückt: Wir würden das Girokonto langfristig überziehen. Das wäre aber für die Stadt Melle neu. Das ist auch auf Dauer nicht zulässig.

Wenn Sie auf die Reihe des Balkendiagramms schauen, sehen Sie, dass bereits in den Jahren 2025 und 2026 der Abstand von Cash-Flow und ordentlicher Tilgung bedenklich klein wird.



Das liegt an den deutlich steigenden laufenden Auszahlungen. Unter anderem für die Kindertagesstätten, die Kreisumlage,

den Zinsaufwand
und die eigenen Energiekosten.

Nicht zu vergessen der steigende Aufwand für das Personal.

Der Anstieg der zu zahlenden Kreisumlage folgt lediglich unserer verbesserten Ertragssituation. Dabei wurde der aktuell gültige Hebesatz der Kreisumlage auch in den Folgejahren zugrunde gelegt. Spielräume für eine Veränderung der Kreisumlage noch weiter nach oben bestehen im vorgelegten Verwaltungsentwurf also auch nicht.

Nur: Den Hebesatz bestimmen wir nicht selbst. Dies ist Sache des Kreistags des Landkreises Osnabrück.

Die Personalkosten steigen durch Tarif- und Besoldungsanpassungen und zusätzliche Stellen. Und dabei haben wir natürlich noch nicht die gestern bekannt gewordenen Forderungen in Höhe von über 10 % abgebildet. Wir waren deutlich bescheidener. Und wir müssen nun abwarten, wie die Einigung final ausfallen wird.

Auch bei den Sachkosten ist die Steigerung mit Händen zu greifen. Selbstverständlich muss auch die Stadt Melle inflationsbedingt erheblich höhere Sachkosten planen. Dazu gehören auch Energiekostensteigerungen in den nächsten Jahren. Die Energiekosten werden erhebliche Auswirkungen auf die Budgets haben.

Nichts anders kann für die Ortsratsbudgets gelten. Ich schlage Ihnen daher vor, diese um 10 % zu erhöhen.

Wieder zurück im Haushalt ist die Zinsbelastung. Sie spielte viele Jahre kaum eine Rolle. Wir haben klug unser Kreditportfolio gesteuert. Deswegen profitieren wir auch weiterhin von günstigen Zinsen. Zumindest für die Altschulden. Neue Darlehen, und das werden nicht wenige sein, müssen aber mit den jetzt erheblich anziehenden Zinsen aufgenommen werden. Das werden jährliche Zinsbelastungen in Millionenhöhe.

Details erörtern wir morgen im Finanzausschuss.



Und trotz dieser wenig erfreulichen Entwicklungen werden Sie immer noch keinen pauschalen Aufruf des Sparens von mir hören. Auch keine prozentualen Haushaltssperren oder andere Instrumentarien aus früheren Zeiten.

Ja, die Zeiten ändern sich – und wir uns in ihnen.

Ob allerdings jede Änderung am Puls der Zeit auch die richtige Weichenstellung für die Zukunft ist, wird sich erst noch zeigen müssen.

Wir haben uns gemeinsam bereits vor Jahren aufgemacht und steuern nun über Ziele. Auch in diesem Jahr fand vor der Haushaltseinbringung im April eine Strategieklausur mit Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates, und dem Verwaltungsvorstand statt. In dieser Strategieklausur haben Sie die politische Zielsetzung konstruktiv und einvernehmlich vorbereitet.

Nur die Frage der Priorisierung wurde zurückgestellt. Es ging dabei um nicht weniger als um die Priorisierung von strategischen Zielen.

Hierüber hatten Sie in der letzten Ratssitzung sehr kontrovers diskutiert. Mit der mehrheitlichen Beschlussfassung, dass die Finanzen in Melle nicht mehr allein oberste Priorität haben, sind dann ganz neue Wege beschritten worden. Ein Novum in Melle.

Schon deshalb wäre es jetzt nicht richtig, wenn ich Sie blindlings zum Sparen in allen Bereichen aufrufen würde.

Offen gestanden habe ich allerdings persönlich noch nicht nachvollziehen können, wie auf Dauer ein Zielkonflikt zwischen Finanzzielen und gleichberechtigten weiteren Zielen zu lösen ist.

Es gibt kreative Lösungsansätze auf anderen staatlichen Ebenen. Die machen mich aber eher stutzig.

Dazu nun ein kleiner Exkurs:

Auf Bundesebene arbeitet man inzwischen mit mehreren „Sondervermögen“. Das erinnert mich dann doch an meine Schulzeit und die Mengenlehre. Die Älteren unter Ihnen

werden das sicher noch kennen. Sie war ein Teil des Faches Mathematik. Wir mussten Mengen und Schnittmengen etc. bilden und beschreiben.

So macht das nun auch der Bund: Der Bund hatte bisher schon eine Menge Schulden - und das im doppelten Sinne. Nun wollte er diese Menge nicht vergrößern und bildete neue Mengen, die der Sondervermögen. Erst für die Bundeswehr. Jetzt kommt wohl eine weitere Menge für die Gaspreisbremse hinzu. Und siehe da, wir schauen auf drei einzelne Mengen.

Leider wird aber übersehen, dass die 3 Mengen Teilmengen einer Gesamtmenge sind, nämlich die aller Schulden.

Mit dieser Erkenntnis wird aber klar: Mengenlehre macht wenig Sinn – ich habe offen gestanden nie richtig begriffen, warum sie gelehrt wurde. Sie wurde ja auch in den 80ern wieder vom Lehrplan gestrichen.

Warum erzähle ich Ihnen das? Bitte, machen wir uns ehrlich! Natürlich ist nachzuvollziehen, dass es in unserer Zeit eine ganze Reihe drängender Themen gibt, die nicht vernachlässigt werden können. Das sollen Sie auch nicht. Aber die finanziellen Voraussetzungen und Folgen, treten auch dann nicht dahinter zurück, wenn wir sie auszublenden versuchen oder auf eine gleiche Ebene stellen.

Genau deswegen sind die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan die Grundlage und die Ermächtigung, die gesetzlich für unser Handeln vorgesehen sind.

Bei der Aufstellung des Verwaltungsentwurfs waren mir aber zum Teil die Hände gebunden. Es waren auch Entscheidungen zu nicht unbedeutenden laufenden Auszahlungen zu beachten, die vorab bereits verbindlich gefasst wurden.

Auf diese Weise wurden also im Vorgriff auf die Haushaltsberatung - quasi als Anweisung für den Verwaltungsentwurf - ergebniswirksame Auszahlungen vorentschieden. Diese belasten nun den ohnehin zu geringen Cash-Flow. Der Finanzausschuss wurde übrigens nicht immer beteiligt.

Und mit Blick auf die Folgen für unseren Haushalt bitte ich Sie daher vor allem um Zurückhaltung für Auszahlungen im Ergebnishaushalt. Verändern Sie dort, wo es geht, Prioritäten hin zu nachhaltigen Investitionen. Zur Nachhaltigkeit gehört auch die finanzielle Nachhaltigkeit. Es macht also einen Unterschied, ob wir das Geld für laufende Projekte einsetzen, die nur im Jetzt und Heute wirken - oder besser in drängende Projekte investieren, die langfristig wirken.

Nur für Investitionen, die auch morgen noch wirken, sind überhaupt Investitionskredite zulässig. Und das aus gutem Grund: Denn so werden finanzielle Lasten aus Tilgung und Zinsen auf die Jahre verteilt, in denen auch der Nutzen gezogen werden kann.



An Investitionsermächtigungen mangelt es im Verwaltungsentwurf allerdings auch nicht. Insgesamt ist in 2023 ein Investitionsvolumen von über 20 Mio Eur ausgewiesen.

Den größten Anteil bilden erneut die veranschlagten Bauinvestitionen. Alleine für Baumaßnahmen im Hoch- und Tiefbau sind rund 15,7 Mio Eur vorgesehen. Zu wenig vorgenommen haben wir uns also sicher nicht. Erst recht nicht, wenn wir einen Blick auf die voraussichtlich zum Jahresende zu bildenden Haushaltsreste werfen. Es dürften dann aus früheren Jahren noch Investitionsvolumen in Höhe von ca. 19 Mio Eur abuarbeiten sein. Zusammen mit dem neuen Investitionsvolumen ergibt sich also sogar eine Summe in Höhe von voraussichtlich 39 Mio Eur, die 2023 abuarbeiten wäre. Dazu kommen noch die hohen Verpflichtungsermächtigungen von mehr als 18 Mio Eur. Und diese Entwicklung wird sich in den Folgejahren weiter fortsetzen: Auch in der mittelfristigen Finanzplanung sind weitere 40 Mio Eur für Investitionen vorgesehen. Dabei ist dort noch längst nicht alles berücksichtigt, was anstehen wird. Wir haben uns einmal die Mühe gemacht und das potentielle Volumen diverser Machbarkeitsstudien hochgerechnet. Auch wenn das seriös sicher noch nicht weiter zu verwenden ist.

Trotzdem müssen Sie wissen, was da auf Sie zukommt in den nächsten Jahren:

Schulstandorte, Stadthaus, Kläranlagenstandorte, Erneuerungen von Straßen und Plätze. Wir gehen im Falle der

Umsetzung dieser Projekte jetzt schon von einem zusätzlichen Investitionsvolumen von mehr als 120 Mio Eur aus. Und darin sind die exorbitant steigenden Baukosten noch gar nicht eingerechnet.

Wohin wird das führen?

Wir müssen uns ehrlich machen. Wir müssen unsere Planungen und Projekte der veränderten Realität anpassen. Selbst wenn das Geld zur Verfügung stünde – was nicht der Fall ist – so ist es unrealistisch, alles abarbeiten zu können.

Auch Machbarkeitsstudien ersetzen nicht die Arbeit, oder um es mit Max Weber zu sagen, den ich auch in früheren Wahlperioden schon zu zitieren pflegte: „Der Einfall ersetzt nicht die Arbeit“.

Exemplarisch für die 2023 veranschlagten Investitionen in
die Kinderbetreuung,
die Schulen,
den Sport,
die Feuerwehr,
die Abwasserbeseitigung,
den Hochwasserschutz,
den Klimaschutz,
den Straßenbau
und vieles mehr möchte ich Ihnen einige Beispiele in den einzelnen Stadtteilen geben:



Verwaltungsentwurf Haushalt 2023

Melle - Mitte	
Umbau der ehem. Jugendherberge zur Kita und deren Einrichtung	Weitere 1,6 Mio. €
Laufbahnbelag am Carl-Starcke-Platz	150 T€
Weiterer Straßenausbau und Kanal der Eickener Str.	750 T€
Verkehrsknoten Oldendorfer Str. / Bakumer Str.	110 T€
Projekt „Grönenbergpark“ 1. Teilabschnitt mit überwiegender Gegenfinanzierung vom Bund	1,4 Mio. €
Drehleiterfahrzeug der Feuerwehr	500 T€

14

Melle®

Melle – Mitte:

Umbau der ehemaligen Jugendherberge zur Kita
und deren Einrichtung: weitere 1,6 Mio
Eur

Laufbahnbelag am Carl-Starcke-Platz: 150 TEur

Weiterer Straßenausbau und Kanal der Eickener Str: 750
TEur

Verkehrsknoten Oldendorfer Str. / Bakumer Str. 110 TEur

Projekt „Grönenbergpark“ 1. Teilabschnitt mit
überwiegender Gegenfinanzierung vom Bund 1,4 Mio
Eur

Drehleiterfahrzeug der Feuerwehr 500 TEur



Verwaltungsentwurf Haushalt 2023

Buer	
Beginn Sanierung und Ausbau Kinderhaus Buer	500 T€
Hochwasserschutz	100 T€
Erschließungs- und Kanalbaumaßnahmen in Tittingdorf	610 T€
Umgestaltung Stüvestraße	400 T€

17

Melle®

Buer:

Beginn Sanierung und Ausbau Kinderhaus Buer 500
TEur

Hochwasserschutz 100 TEur

Erschließungs- und Kanalbaumaßnahmen in Tittingdorf

610 TEur

Umgestaltung Stüvestraße

400 TEur

Bruchmühlen	
Parkstreifen am Bahnhof Bruchmühlen	350 TE
Straßen- und Kanalbau „Schweizer Weg“	565 TE

Bruchmühlen:

Parkstreifen am Bahnhof Bruchmühlen
TEur

350

Straßen- und Kanalbau „Schweizer Weg“

565 TEur

Riemsloh	
Feuerwehrfahrzeug	180 TE

Riemsloh:

Feuerwehrfahrzeug

180 TEur

Neuenkirchen	
Grundschule Neuenkirchen, Beginn Erweiterung	700 TE

Neuenkirchen:

Grundschule Neuenkirchen, Beginn Erweiterung
TEur

700

Verwaltungsentwurf Haushalt 2023

Wellingholzhausen	
Sanierung / Umbau „Am Kirchplatz“	110 TEur



18

Melle®

Wellingholzhausen:

Sanierung / Umbau „Am Kirchplatz“ 110 TEur

Verwaltungsentwurf Haushalt 2023

Gesbold	
Baumaßnahmen Grundschule	500 TEur
Sporthalle Gesbold, Sanierungsplanung	Weitere 100 TEur
Hochwasserschutz „Uphöfen“	350 TEur



19

Melle®

Gesbold:

Baumaßnahmen Grundschule 500 TEur

Sporthalle Gesbold, Sanierungsplanung
TEur weitere 100

Hochwasserschutz „Uphöfen“ 350 TEur

Verwaltungsentwurf Haushalt 2023

Oldendorf	
Neuordnung Schmutzwasserkanalisation in Westerhausen	1,0 Mio. €



20

Melle®

Oldendorf:

Neuordnung Schmutzwasserkanalisation
in Westerhausen 1,0 Mio Eur



Darüber hinaus zahlreiche Titel, deren Budgets sich auf alle Stadtteile erstrecken. So z.B. Maßnahmen in die Digitalisierung der Schulen und deren Ausstattung. Die Einzelheiten werden nun in den kommenden Wochen in den Fachausschüssen vorzustellen und zu beraten sein.

Ich empfehle Ihnen die Lektüre des Vorberichtes. Die Kämmerei schildert detailliert die Zusammenhänge und die Rahmenbedingungen. Sie erhalten so einen guten ersten Gesamtüberblick.

An dieser Stelle ein riesiges Dankeschön an Uwe Strakeljahn, Marius Brockmeyer und deren Kolleginnen und Kollegen, auch Herrn Lieberwirth, Herrn Hügelmeyer im Team des Amtes für Finanzen und Liegenschaften.

Ein Dank geht aber auch an das gesamte Haus der Verwaltung, das wieder einmal konstruktiv und kollegial die notwendigen Mittelanmeldungen pünktlich geliefert und erläutert hat!

Was ich Ihnen aber zum Abschluss nicht ersparen kann, ist der Blick auf die Entwicklung unserer Verschuldung:



Der tatsächliche Verlauf der Schuldenkurve ist in den letzten Jahren erheblich hinter den Planungen zurückgeblieben. Hatten wir Ende 2019 noch einen Schuldenstand von rund 37 Mio Eur, so lag dieser Ende 2021 entgegen aller Erwartungen nur noch bei gut 30 Mio Eur. Und ich kann Ihnen jetzt auch schon versprechen: Ende 2022 wird bei Weitem nicht der Schuldenstand laut Plan von 47,2 Mio Eur erreicht.

Das aber liegt nur zu einem kleinen Teil an Liquiditätsüberschüssen, die wir haben. Vielmehr ist zu konstatieren, dass schlechterdings die geplanten Investitionen nicht abgearbeitet wurden. Verwaltung und Bauwirtschaft kommen einfach nicht mehr hinterher. Deswegen waren natürlich auch die dafür vorgesehenen Kredite nicht aufzunehmen.

Das wird aber nachzuholen sein.

Sobald die Investitionen erfolgen, brauchen wir das Geld!

Und es steht auch zu befürchten, dass angesichts steigender Baukosten, selbst für bereits veranschlagte Investitionen ein Nachschlag erforderlich wird.

Der dann sich ergebende Verlauf der Schuldenkurve spricht für sich. Schon Ende 2023 errechnet sich der Schuldenstand auf 54 Mio Eur. Am Ende des Finanzplanzeitraums gar auf 74,5 Mio Eur.

Und etwaige Einbrüche bei der Gewerbesteuer sind noch nicht berücksichtigt. Ebenso keine zusätzlichen Investitionsplanungen.

Ohne es jetzt ad absurdum führen zu wollen: Rechnen wir nach 2026 das mögliche Investitionsvolumen aus den verschiedenen Machbarkeitsstudien von mindestens 120 Mio Eur hinzu,....nein, da wird uns noch etwas einfallen müssen. Aber bitte möglichst ohne Mengenlehre!



Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche gute konstruktive Beratungen in den Fachausschüssen!

Dirk Hensiek, Stadtrat

